

Hannover, den 04. März 2020

Stellungnahme
zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
am Montag, den 9. März 2020
zum Gesetzentwurf der Bundesregierung
Gesetz zur amtlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung,
Sicherung, öffentlichen Bereitstellung und Zurverfügungstellung geologischer
Daten (Geologiedatengesetz – GeoIDG)
BT-Drucksache 19/17285

Sachverständiger: Prof. Dr. Ralph Watzel

Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

Ziel des Gesetzes ist „eine umfassende Pflicht zur Sicherung geologischer Daten zum Zweck des Erhalts, der dauerhaften Lesbarkeit und Verfügbarkeit dieser Daten für alle bestehenden und künftigen geologischen Aufgaben des Bundes und der Länder. ... Darüber hinaus ist ein wesentliches Element des Geologiedatengesetzes die öffentliche Bereitstellung geologischer Daten. Der Zugang zu geologischen Daten ist eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Rohstoffversorgung sowie für vielfältige weitere Möglichkeiten zur Nutzung des Untergrundes. Auf der Grundlage bereits vorhandener Daten können innovative Lösungen und technisches Know-how für die Nutzung und den Umgang mit der begrenzten Ressource Untergrund entwickelt werden.“

Aus der Sicht staatlicher geologischer Dienste wird das Geologiedatengesetz, das den Umgang mit geologischen Daten umfassend regeln soll, begrüßt. Geologische Daten sind von zentraler Bedeutung für zahlreiche Aufgaben des Bundes und der Länder. Die weit überwiegende Mehrzahl der in Rede stehenden geologischen Daten gibt Auskunft über den oberflächennahen Untergrund bis in eine Tiefe von rd. 100 Metern. Sie sind von besonderer Relevanz für die Gewinnung oberflächennaher mineralischer Rohstoffe, die Grundwassernutzung und den Grundwasserschutz, das Bauwesen und große Infrastrukturmaßnahmen, die Forstwirtschaft sowie die Aufgaben der Raumordnung und Regionalplanung. Geologiedaten des tieferen Untergrundes sind von Bedeutung für die Rohstoff- und Energiegewinnung, für die Speicherung von konventionellen und aus erneuerbaren Energien gewonnenen Energieträger, die Nutzung der Erdwärme und die Endlagerung. Ein Teil der Geologiedaten wird bereits bisher in öffentlich-rechtlichen Verfahren verfahrensspezifisch veröffentlicht, beispielsweise bei Genehmigungen für Grundwassernutzungen und -schutz, für Rohstoffgewinnungen und für Tiefbaumaßnahmen. Der Mehrwert dieses Gesetzes besteht darin, dass die Veröffentlichung grundsätzlich und systematisch erfolgen soll.

Das Gesetz fasst die Rolle der staatlichen geologischen Dienste sachgerecht und zielführend zusammen und weist ihnen entsprechende Aufgaben zu. Es ist eine sinnvolle Ergänzung zur nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie INSPIRE (Geodatenzugangsgesetz).

Aufgaben im Bereich der Ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels

Die Zuweisung der gesetzlichen Aufgaben für den Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels an den geologischen Dienst des Bundes, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, wird begrüßt, da alle Erkenntnisse von länderübergreifendem Interesse sind und anderweitige Aufgaben ebenfalls von Bundesbehörden vollzogen werden.

Klassifikation von Daten und Digitalisierung

Das Gesetz verfolgt insgesamt den richtigen Ansatz. Die Klassifikation in Nachweisdaten, Fachdaten und Bewertungsdaten, der die jeweiligen Maßgaben für die öffentliche Bereitstellung folgt, ist sinnvoll. Sie orientiert sich an etablierten Praktiken in den europäischen Nachbarstaaten. Die Gewinnung von Daten über den Untergrund ist in der Regel ausgesprochen aufwändig und kostenintensiv. Daher erfolgt diese häufig im Zuge kommerzieller Erkundungen. Hier weist das Gesetz an verschiedenen Stellen Klauseln auf, mit denen den besonderen Belangen kleiner und mittlerer Unternehmen Rechnung getragen werden soll.

Die Digitalisierung geologischer Daten ist ein Gebot der Stunde und technisch-organisatorische Voraussetzung, um die gesetzlichen Aufgaben sachgerecht wahrnehmen zu können. Mit dem Gesetz wird dem derzeit gegebenen Erfordernis individueller Abwägungsentscheidungen der datenhaltenden Stelle bei der Weitergabe solcher Daten begegnet. Die systematische Zusammenführung, dauerhafte Sicherung und öffentliche Bereitstellung der Geologiedaten durch die staatlichen geologischen Dienste ist geeignet bzw. Voraussetzung, um a) Wissensdefizite über den Untergrund konsequent zu identifizieren, b) vorhandene Daten und Informationen wirksamer nutzen zu können und c) die Transparenz bei der Nutzung dieser Daten zu erhöhen. In der Summe wird dadurch Mehrwert für Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit geschaffen.

Das Gesetz erstreckt sich auch über Altdatenbestände (Soll-Vorschrift). Der Aufwand für die Aufarbeitung von Altdatenbeständen, die in der Regel in analoger Form vorliegen, darf nicht unterschätzt werden. Insbesondere die geologischen Dienste der Länder hatten in der Vergangenheit nicht die Ressourcen, diese Aufgabe umzusetzen. Die erforderlichen Einmal-Aufwendungen sind sorgfältig zu kalkulieren. Die Erfahrungen mit solchen Arbeiten raten zu einer konservativen Abschätzung. Daher wird die vorgesehene Evaluierung des Gesetzes nach vier Jahren begrüßt.

Bundesweite Koordination

Die Zielstellung des Gesetzes stellt u.a. auf die geologischen Aufgaben des Bundes und der Länder sowie die Digitalisierung ab. Die länderübergreifende Nutzung und Zusammenarbeit wird dadurch erschwert, dass sich die elektronischen Archiv- und Datenbanksysteme der staatlichen geologischen Dienste der Länder in der Vergangenheit entsprechend der eigenen Länderzuständigkeit unterschiedlich entwickelt haben. Die Systeme sind bestenfalls eingeschränkt kompatibel.

Nach § 16, Absatz 1, Satz 2 des Gesetzentwurfes würden die Länder verpflichtet, bei der Entgegennahme von geologischen Daten alle anderen Länderformate zu unterstützen. Dies ist nicht praktikabel und würde dazu führen, dass übergebene Daten bei den geologischen Diensten teilweise nicht auswertbar sind und nicht weiterverarbeitet werden können. Dies

liefe dem Gesetzeszweck nach § 1 zuwider, da diese geologischen Daten für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen sollen. Der Bundesrat plädiert für die Streichung von Satz 2. Dies greift aber zu kurz. Ziel muss es sein, die Kompatibilität bzw. Interoperabilität zu erreichen. Dazu muss die Bund-Länder-Zusammenarbeit intensiviert werden. Hier sollte über eine entsprechende sachgerechte Ausstattung im Geologiedatengesetz nachgedacht werden, damit die erforderliche Kompatibilität und Interoperabilität der in Rede stehenden Geologiedaten sichergestellt werden kann.

Öffentliche Bereitstellung privat erhobener Daten

Die öffentliche Bereitstellung privat erhobener Daten stellt einen Grundrechtseingriff dar. Der Gesetzentwurf sieht für die unterschiedlichen Kategorien von Daten (Nachweis-, Fach- oder Bewertungsdaten) unterschiedliche Fristen zur öffentlichen Bereitstellung vor, je nachdem ob es sich um staatliche oder nichtstaatliche Daten handelt. Hier erfolgte eine Güterabwägung.

Für das Standortauswahlverfahren gibt es eine Sonderregelung, welche die Abwägungsbelange zwischen den obengenannten grundgesetzlichen Bestimmungen bei privat erhobenen Daten und den besonderen Transparenzanforderungen des Standortauswahlverfahrens nach StandAG betrifft. Es stellt sich die Frage nach einer weiteren Ausgestaltung dieser Regelung in § 34 GeolDG, um sie mit Blick auf die im Verfahren vorgetragenen verfassungsrechtlichen Bedenken abzusichern. Ggf. könnte über eine Bewertung der entsprechenden Daten durch geeignete Sachverständige nachgedacht werden. Das Nationale Begleitgremium hat dazu Ideen entwickelt (siehe Stellungnahme des Nationalen Begleitgremium zum Referentenentwurf vom 12. September 2019, Punkt 4). Ebenso könnte auch über eine Stärkung der Rolle des Nationalen Begleitgremiums nachgedacht werden. Grundsätzlich sollte eine näher bestimmte Frist bei einer vorzeitigen Veröffentlichung von privat erhobenen Daten eingeführt werden. Denn sobald Daten veröffentlicht sind, können sie beliebig vervielfältigt werden. Eine spätere Entfernung der veröffentlichten Daten liefe dann ins Leere.